

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung, Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Docuents-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Beratung des Kabinetts.

Die Haltung der deutschen Delegation gebilligt.

Heute morgen 7 1/2 Uhr fand in der Reichskanzlei ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. Zur Erörterung stand die durch die gestrigen Verhandlungen zwischen der deutschen, der französischen und der belgischen Delegation über die Frage der militärischen Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete entstandene Lage. Der Ministerrat erklärte sich mit der Stellungnahme der deutschen Delegation in vollem Umfange einverstanden.

Hoffnung auf Vermittlung.

London, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die augenblicklichen Londoner Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebietes hoben sich derart zuspitzend, daß beide Parteien gegenwärtig nur noch einen Ausweg durch die Vermittlung einer neutralen Persönlichkeit als möglich betrachten. Tatsächlich haben die am Mittwoch erfolgten Verhandlungen ergeben, daß sich zwei Auffassungen diametral gegenüberstehen und daß jeweils die innerpolitischen Verhältnisse die einzelnen Delegationen bestimmen, auf ihren Auffassungen möglichst lange zu beharren.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ tritt mit größtem Nachdruck für eine englische oder amerikanische Vermittlung ein, indem er schreibt: Die Aussichten für eine Regelung seien das Gegenstück von Hoffnungslosigkeit, so daß von den Engländern und Amerikanern keine Zeit verloren werden dürfe, eine Kompromißformel zu finden. Ansätze dazu sind über Nacht sichtbar geworden, aber die Situation ist heikel und ernst.

Die deutsche Delegation optimistisch.

London, 14. August. (U.) In der deutschen Delegation herrscht das Gefühl vor, daß die Konferenz an der Frage des Räumungsdatums nicht scheitern wird. Man ist der Ansicht, daß auch dieser Sturm vorübergeht, sobald das richtige Verhältnis zu den Dingen gefunden ist. Gerade im Hinblick auf Frankreich stehen viele Mittel zur Verfügung, um Herrn Loucheur von der Notwendigkeit einer Aenderung seiner Haltung zu überzeugen.

Macdonalds Vermittlungsversuche ergebnislos.

London, 14. August. (U.) Die Lage in London ist heute noch bedrohlicher als gestern. Macdonald hatte eine lange Aussprache mit Herriot, die indessen nur dazu führte, daß sich der französische Ministerpräsident noch bestimmter auf die einjährige Räumungsfrist festlegte. Nach Mitternacht ließ dann Macdonald Dr. Stresemann zu sich bitten. Die Unterredung dauerte anderthalb Stunden, verlief aber ebenfalls negativ. Um für weitere Auslegungsmöglichkeiten Zeit zu gewinnen, wurden alle für Donnerstag angeetzten Sitzungen abgesetzt. Die Konferenz des Rates der Vierzehn ist zunächst auf drei Uhr nachmittags angeetzt worden.

Stresemann bei Macdonald.

London, 14. August. (U.) Wie bereits gemeldet, hatte Dr. Stresemann heute, in den frühen Morgenstunden, eine einseitige Unterredung mit dem englischen Premierminister. Dr. Stresemann hat Macdonald auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, die für die deutsche Delegation und den Erfolg der ganzen Londoner Konferenz durch die unnachgiebige Haltung Herriots entstanden ist. Stresemann hat nochmals die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die deutsche Delegation auf eine militärische Räumung in angemessener und darum weit kürzerer Frist bestehen müsse. Abgesehen davon, daß die Besetzung unrechtmäßig sei, stelle die Durchführung des Dawes-Planes für Deutschland das Lösegeld dar, das es für die Befreiung der Sanktionsgebiete zahlen sollte. Die unmittelbare Wirkung der Annahme der Dawes-Befehle müsse deshalb die Räumung des Ruhrgebietes sein. Eine einjährige Frist stelle die Unterbringung der Anleihe in Frage, mache Privatkredite für Deutschland unmöglich, verhindere die Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse und bringe außerdem die Gefahr späterer Konflikte mit sich, denn es sei zu beobachten gewesen, daß die Generale im besetzten Gebiet häufig eigene Politik betreiben. Außerdem gälte für die deutsche Delegation daselbst wie für Herriot: Sie werde mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und die Anwendung des Dawes-Planes würde ernstlich in Frage gestellt sein, wenn Deutschland zu all den schweren Opfern auch noch eine einjährige Fristdauer der Besetzung tragen müsse.

Abchluss der Kommissionsarbeiten.

London, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Beratungen der dritten Kommission, die der Transferfrage galten, sind am Mittwoch zu einem Abschluss gelangt. Die Beschlüsse werden jetzt dem Vierzehnerausschuss vorgelegt. Wichtig ist an den vorläufigen Ermahnungen vor allem, daß die Sachlieferungsprogramme der Reparationskommission nach Beratung mit dem Transferkomitee freie Lieferungen unter gewöhnlichen Handelsbedingungen vorzuziehen seien, für deren Aufstellung der innere Bedarf der deutschen Volkswirtschaft den Vorrang haben soll.

In einer zweiten Entschliessung wird die Zusammenfassung eines Organisationskomitees für die Sachleistungen behandelt. Dieses Komitee setzt sich aus sechs Mitgliedern und zwar je zur Hälfte aus deutschen und alliierten Delegierten zusammen, die im Falle von Meinungsverschiedenheiten durch ein sechstes neutrales Mitglied ergänzt werden können. Das Komitee hat die Aufgabe, das Verfahren für die Sachleistungen im freien Handelsverkehr festzusetzen und die besten Mittel zu prüfen, um die Lieferungen unter Berücksichtigung der Einwände des Sachverständigenrat-

achtens durchzuführen. Die Arbeiten des Komitees stehen unter der Kontrolle der Reparationskommission und des Transferkomitees, die jedoch kein Recht und keine Möglichkeit haben, diese Beschlüsse des Organisationskomitees ohne Einverständnis der deutschen Regierung abzuändern. Im Falle technischer Schwierigkeiten hat sowohl Deutschland wie die Entente das Recht, deren Beseitigung zu verlangen. Es ist vorgesehen, daß sich dann zunächst die Reparationskommission mit diesen Schwierigkeiten befaßt, die sich ihrerseits wieder an ein Komitee wendet, bestehend aus dem Reparationsagenten, den Treuhändern für die Eisenbahnen und Industrieobligationen, dem Eisenbahnkommissar, dem Bankkommissar und dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen. Falls sich die Reparationskommission auf Grund der von ihr eingeholten Meinungen nicht einigt, soll ein Schiedsgericht von drei Köpfen eingesetzt werden.

Zurückhaltung der englischen Presse.

London, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Morgenpresse begnügt sich mit der Aufzählung der hauptsächlichsten Tatsachen, die zum Stillstand der Räumungsverhandlungen geführt haben. Bemerkenswert ist dabei ihre außerordentliche Zurückhaltung. Sie gibt der Meinung Ausdruck, daß es sich bei dem Meinungsaustrausch der Regierungen jetzt nur um eine Auseinandersetzung zwischen den Deutschen, Franzosen und Belgiern handelt. Außerdem wird die Meinung vertreten, daß die Stöckung in den Verhandlungen auf eine merkwürdige Versteifung Herriots in der Frage der Ruhräumung zurückzuführen sei. Ueberall begegnet man der Meinung, daß diese Tatsache auf den Einfluß Loucheurs zurückzuführen sei. Indirekt wird beinahe ausnahmslos angedeutet, daß die englische Presse den deutschen Standpunkt billige, doch läßt ihre Zurückhaltung darauf hindeuten, daß eine aktive englische Unterstützung Deutschlands in dieser Frage kaum zu erwarten sein dürfte.

Die gestrige Sitzung.

Eine französische Schilderung.

Paris, 14. August. (U.) Von dem Gang der gestrigen Verhandlungen in London gibt der „Petit Parisien“ eine ausgedehnte Schilderung. In der Vormittagsitzung hatte Herriot mitgeteilt, daß das Ruhrgebiet erst ein Jahr nach Anwendung des Sachverständigenberichts militärisch geräumt werden könne. Stresemann war damit beauftragt, den deutschen Standpunkt klarzulegen. Er betonte, daß nach Ansicht der öffentlichen Meinung Deutschlands die Räumung der Ruhr mindestens innerhalb sechs Monaten vollzogen werden müsse, und zwar etappenweise. Die Sitzung nahm nach dem „Petit Parisien“ einen dramatischen Verlauf. Ebenso spannend wie die erste war die zweite Aussprache am Nachmittag. Marg hatte kaum das Wort ergriffen, als man die klare Ueberzeugung gewann, daß der deutsche Standpunkt in der Zwischenzeit keine Veränderung erfahren hatte. Der Kanzler griff auf sämtliche von Stresemann bereits vorgebrachten Argumente zurück. Er suchte nachzuweisen, daß die militärische Räumung des Ruhrgebietes im Hinblick auf die Ausführung des Sachverständigenberichts eine unbedingte Notwendigkeit darstelle und mit der wirtschaftlichen Räumung zusammenfallen müsse.

Herriot entgegnete dem Kanzler, daß seine belgischen Kollegen und er in den bisherigen Verhandlungen mit den deutschen Abgeordneten von jeglichem Feilschen abgesehen hätten! Was wir wollen, ist einen moralischen Frieden zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen. Dieser Frieden muß auf gegenseitiges Vertrauen gegründet werden. Ich habe Ihnen das Wort gegeben, daß die Ruhr innerhalb einer Frist von höchstens einem Jahre geräumt werden wird. Beweisen Sie uns Ihr Vertrauen, indem Sie uns überlassen, diesen Zeitraum je nach den Ereignissen abzukürzen.“ Finanzminister Dr. Luther hob hervor, daß Herriot, wenn er auch für seine Person gewisse Verpflichtungen eingehen könne, nicht in der Lage sei, das Wort eines Nachfolgers zu verpfänden, und daß Deutschland sich aus diesem Grunde begriffliche Zurückhaltung auferlegen müsse. Herriot erwiderte, er sei sich bewußt, namens Frankreichs und mit der vollen Zustimmung Belgiens zu sprechen. „Wir erbringen den Beweis unseres guten Willens. Wir bitten Sie, uns Vertrauen zu schenken und einen gleich guten Willen an den Tag zu legen.“ Luther forderte darauf u. a. sofortige Räumung der drei Städte Duisburg, Ruhrort und Bochum, indem er auf die Störungen des wirtschaftlichen Lebens dieser Gegend hinwies. Der französische Ministerpräsident erwiderte, die Anwesenheit von 20 000 verbündeter Soldaten habe nie, auch nicht im geringsten die wirtschaftliche Tätigkeit des Ruhrgebietes gehemmt. Er beharrte daher auf seinem Plan. Zum Schluss sagte Herriot: „Wir können für den Augenblick keine bestimmte Verpflichtung übernehmen. Die öffentliche Meinung Frankreichs würde es uns nicht erlauben, die Frist von einem Jahr, die wir für die Räumung der Ruhr festgelegt haben, zu verringern. Wenn Sie Ihre Verpflichtungen halten und pünktlich erfüllen, so werden wir die Verkürzung der Räumungsfristen in die Hand nehmen.“

Eine Abfuhr Polens. Der Londoner polnische Gesandte Skrzynski, der von Herriot eine Audienz erbat, um ihm die Besorgnisse Polens wegen seiner strategischen Lage auszudrücken, wurde gestern nachmittag vorgelesen. Die Unterredung dauerte knapp zwei Minuten. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ stellt betriebl fest, daß das kurz angebundene Wesen Herriots nicht dazu beitrage, Frankreich die treue Freundschaft an der Weichsel zu erhalten.

Die dritte Säule.

Ein Rückblick auf die Leipziger Kulturwoche.

Von Richard Rohmann.

Das eine wird jeder zugeben müssen, der die Tagung mit ihrer erdrückenden Fülle von Veranstaltungen miterlebt oder die Berichte aufmerksam verfolgt hat: einen ähnlich umfassenden Ueberblick über das sozialistische Wollen auf allen Gebieten kulturellen Lebens hat es bisher nirgends gegeben. Und wer selbst nur als Skeptiker und Kritiker — ohne innere Anteilnahme — den Beratungen, Kundgebungen, Feiertagen beigewohnt hat, wird einen Eindruck erhalten haben von dem gewaltigen Ringen um die Vertiefung sozialistischer Kulturarbeit, um Inhalt und Formen einer neuen Kultur.

Viel Unfertiges, gewiß. Viel Gärung, viel tastende Unsicherheit. Auch viel Oberfläche noch, die Tiefe sein möchte. Das Gewerkschaftsfest draußen im Lunapark — eine Uebernahme spießbürgerlicher Formen mit sozialistischer Verbrämung. Das Festspiel — ein Versuch, eine papierne Idee mit den Mitteln der Massenwirkung zu künstlerischem Leben zu erwecken. Neue Kultur? Ach nein, die wird nicht gemacht, die wächst! Und dort merkte man von ihrem Wachstum am meisten, wo man am wenigsten etwas Fertiges zeigen wollte. In den Ausstellungen beispielsweise, die die Entwicklung des sozialistischen Schrifttums oder die sozialen Probleme der Gegenwart im Bilde darzustellen versuchten. Wo ohne Ausdringlichkeit Sinclair und Andersen Rego sich an Marx und Engels reiheten, wo Baluschek von Expressionisten umrahmt hing, im Gehalt und in den Mitteln des Ausdrucks sichtbar mit ihnen ringend.

Sehr ungleich an Wert, sehr ungleich an Reife war auch die Fülle der Einzeltagungen, die sich gegenseitig überschritten und bisweilen sogar deckten. Die erste Reichskonferenz der „Kinderfreunde“ z. B. verpuffte die gärende Kraft ihrer revolutionären Bewegung im kleinlichen Streit um die Vorherrschaft der „Richtungen“, mühte sich um organisatorische Konstruktionen, deren Fundamente die Entwicklung ganz von selber legen wird. Im vollen Gegensatz dazu die sozialistischen Studenten: ringend um die tiefsten Probleme sozialistischer Kultur, unermüdet im Verfolgen neuer, noch ungebahnter Wege, das formale, organisatorische Beiwerk bewußt vom Inhalt trennend. Und so weiter Tagung um Tagung, Bildungsausschüsse, Lehrer, Jugend.

Daß das Vielerlei schon bei seiner ersten Zusammenballung im Rahmen einer „Woche“ sich zu einem Ziel konzentrierte, ist das Verdienst der beiden Veranstaltungen, die, äußerlich im Mittelpunkt stehend, auch innerlich das Ganze zusammenschmiedeten — weit stärker und weit richtunggebender, als man es bei diesem ersten Versuch erwarten konnte. Die große Kundgebung in der Albert-Halle, auf der Clara Bohm-Schuch die kulturelle Not der Gegenwart bekannte, Hans Baluschek Linien einer sozialistischen Kultur zeichnete, war der eine Pol. Die Kulturkonferenz am folgende Tage, die in vier großen Referaten das weite Gebiet unserer kulturellen Arbeit zu durchschreiten versuchte, der andere. Und das Entscheidende war die programmatische Geschlossenheit, die — bei aller Differenzierung im einzelnen — Referenten und Teilnehmer einigte. Als Heinrich Schulz in seinen mehr als anderthalbstündigen Ausführungen zu Beginn der Kulturkonferenz dieses Programm entwickelte, Einheit und Eigenheit der sozialistischen Kulturbewegung in aller Schärfe und Klarheit herausstellte, da erhob sich von keiner Seite mehr der leiseste Widerspruch.

Noch vor ein paar Jahren, ja vielleicht noch vor ein paar Monaten hätte eine solche Proklamierung der Selbstständigkeit sozialistischer Kulturarbeit Stürme des Unwillens und sogar der Entrüstung hervorgerufen. Die dauernde Beschäftigung mit den Problemen unserer kulturellen Arbeit, ihre Intensionierung während der letzten Jahre haben den Boden für diese Erkenntnis über Erwarten schnell bereitet. Für die Erkenntnis, daß sozialistische Kulturarbeit nicht eine Nebenbeschäftigung der politischen Partei sein kann, daß die kulturellen Aufgaben selbständig neben den politischen stehen, genau so selbständig wie die wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften und daß sie nur in dieser Selbstständigkeit, die sich der gegenseitigen Verbundenheit und Abhängigkeit wohl bewußt bleibt, wirklich gefördert und gelöst werden können. Für die Erkenntnis, daß die Kulturbewegung die dritte Säule sein muß, die den Bau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung trägt.

Die Tatsache, daß der Gedanke der inneren Einheitlichkeit und Selbstständigkeit sozialistischer Kulturarbeit Gemeingut aller in ihr Wirkenden geworden ist, ist das eigentliche Ergebnis der ersten Arbeiter-Kulturwoche.

Der Widerspruch zwischen der organisatorischen Wirklichkeit und der programmatischen Erkenntnis klast unüberbrückt. Er tritt uns gerade jetzt um so stärker ins Bewußtsein. Ein Duzend selbständiger Kulturorganisationen und mehr, die sich erst ganz allmählich auf ihre eigentliche kulturelle Sendung befinnen — die Bildungsausschüsse im Rahmen der politischen Partei als Träger ihrer wissenschaftlichen und künstlerischen Kulturarbeit — neue Bewegungen, die eben dabei sind, sich ihr selbständiges organisatorisches Gerüst zu bauen — all das läuft noch nebeneinander her, geschichtlich geworden und werdend, ohne das Bewußtsein der Gemeinsamkeit und der gegenseitigen Ergänzung irgendwie zum Ausdruck zu bringen. Ein Beispiel f-

viele: Männerchöre in den Arbeitergesangvereinen, Konzerte der Bildungsausschüsse, proletarische Feiertunden, Andachten der Freidender, Massenspiele der Gewerkschaften — alles Versuche, eine der sozialistischen Weltanschauung eigentümliche künstlerische Ausdrucksform für die innere Erhebung und Befreiung zu finden. Was wissen sie voneinander? Was wissen sie von der Gemeinsamkeit ihres Wollens, von ihren gegenseitigen Erfahrungen?

Jetzt erst erwacht leise, zögernd das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Mit ihm wird der Wille zu organisatorischen Bindungen wachsen. Nichts wäre falscher, als wenn wir unter dem Eindruck der Leipziger Tagung versuchen wollten, eine Organisation in die Wälder hineinzu-bauen. Alles Echte will werden, wachsen und reifen. Anders verbauen wir den Weg, der über die Organisation zum Organismus, über den Zusammenschluß zur Verbundenheit führt.

Der Strom der werdenden Kultur fließt breit neben der politischen Partei. Er erfasst Massen, die den Weg zur Partei aus mangelnder Einsicht in ökonomische Zusammenhänge noch nicht finden können. Ein Keim sozialistischen Fühlens ruht heute in der Brust eines jeden, ein Keim sozialistischen Denkens schlummert in jedem Hirn. Sie zu wecken, das sozialistische Fühlen zum Bewußtsein zu bringen, das sozialistische Denken zur Konsequenz zu führen, wird die Aufgabe der kommenden Kulturorganisation sein. Besser noch als jetzt wird die Partei dann ihre Aufgabe zu lösen vermögen: vom Fühlen und Denken zum Handeln zu führen, vom Wollen zur Tat.

Brotwucher und Gutachten.

Die Zollvorlage als achter unverzichtbarer Vorbehalt.

In der „Kreuzzeitung“ stellt der politische Beauftragte der Deutschnationalen, Herr v. Lindener-Wildau, die Zollfrage als achten unverzichtbaren Vorbehalt der Deutschnationalen für die Annahme der Gutachtengesetze auf. Unter der Überschrift „Schicksalsfragen der deutschen Landwirtschaft“ schreibt er:

„Ich halte diese Frage für so ernst, daß sie in aller nächster Zeit, noch im Verlauf der nächsten Wochen, bevor die Vorarbeiten für die Herbstbestellung einsehen, geklärt werden muß. Die deutsche Landwirtschaft muß wissen, woran sie mit den Parteien ist, die sich jetzt der Aufgabe der Verhinderung des ablehnenden Beschlusses der preussischen Staatsregierung nicht gewachsen gezeigt haben. Diese Klärung kann aber rechtzeitig nur herbeigeführt werden, wenn die Zollvorlage dem Reichstage in der nächsten Woche, wenn er zur Verhandlung der Gesetze anläßlich des Sachverständigen-gutachtens zusammentritt, vorgelegt wird. Auch wir Deutschnationalen wollen keine Verzögerung der Entscheidung über das Dames-Gutachten, aber ebenso wenig können wir einer Verzögerung der Entscheidung über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft zustimmen.“

Damit ist von autoritativer Seite — denn dafür muß der Generalsekretär der Deutschnationalen Partei gelten — offen ausgesprochen, daß die Deutschnationalen bereit sind, gegen das Zugeständnis des Brotwuchers für die Gutachtengesetze zu stimmen. Die sieben anderen unverzichtbaren Vorbehalte der Deutschnationalen sind also lediglich Dekoration, der achte, eigentliche und wirklich unverzichtbare Vorbehalt für sie ist das Zugeständnis des Brotwuchers.

Kuhhandel und Schandgutachten.

Das Meinungschaos bei den Deutschnationalen.

Während die deutschnationale Reichstagsfraktion entschlossen ist, ihre Zustimmung zum Gutachten gegen die Zollvorlage zu verhandeln, agitiert der Reichslandbund in seinem Feldzug für die Auswucherung des Volkes weiter mit der nationalistischen Phrase. In einer Resolution des Landbundes Oberbarnim heißt es:

„Wir lehnen es ab, durch Annahme des Dames-Gutachtens zu Sklaven der Feindstaaten zu werden und verlangen Ab-

kehrung des Schandgutachtens, in dem wir ein zweites, noch vernichtenderes Versailles sehen.“

Es muß ein erhebendes Gefühl sein, für die Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins die Zustimmung zu einem „Schandgutachten“ abzupressen! Feiner Nationalismus, der um des Portemonnaies willen seine so laut betonte Gesinnung verkauft!

Die Umgestaltung der Reichsbahn.

Verkehrsminister Dezer gegen unbefugte Kritik.

In letzter Zeit haben mehrfach leitende Beamte der Reichsbahn zu dem Sachverständigen-gutachten und der Frage der zukünftigen Gestaltung der Deutschen Bahnen Stellung genommen. Diese Auslassungen haben Reichsverkehrsminister Dezer zu folgender Verfügung Veranlassung gegeben:

„Beröffentlichungen von Beamten über das Sachverständigen-gutachten, insbesondere über die Zukunft der Deutschen Reichs-eisenbahn, veranlassen mich, den Erlaß vom 31. August 1922 in Erinnerung zu bringen. Die Verfasser solcher Abhandlungen werden sich vor Augen halten müssen, daß ihre persönlichen An-schauungen über die Erfüllbarkeit der Vorschläge des Gutachtens von der Öffentlichkeit leicht mit der Stellungnahme der Verwaltung selbst in Zusammenhang gebracht werden können. Dies ist um so bedenklicher, als die Verfasser in der Regel nicht über die sämtlichen Unterlagen verfügen, die zur vollständigen Würdigung dieser Fragen vor allem nach der finanziellen und politischen Seite hin notwendig sind. Eine besondere Zurückhaltung ist für die Beamten der Reichsbahn in der Beurteilung dieser Fragen in der Tagespresse namentlich zu einer Zeit angezeigt, in der die von der Reichsregierung bestimmten Vertreter im Organisations-komitee über die künftige Gestaltung der Reichsbahn verhandeln. Dies ist schon deswegen erforderlich, weil die Beamten, die über den Stand der Verhandlungen nicht unterrichtet sind, nicht in der Lage sind, zu beurteilen, ob solche Veröffentlichungen nicht störend auf den Verlauf der Verhandlungen wirken können.“

Feigling Scholem.

Sein „Kampf“ gegen die Weißgardisten.

Halle, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf die Feststellung des Genossen Künstler im „Vorwärts“, daß Scholem ein Feigling ist und sich in der Stunde der Gefahr stets gedrückt hat, erklärt Scholem in der Mitwochausgabe der „Roten Fahne“, daß er während des Kapp-Putsches in Halle den Kampf gegen die Weißgardisten geführt habe. Zu dieser absolut läugerischen Behauptung stellt er folgendes fest: Scholem brückte sich, mit einem riesigen Regenschirm bewaffnet, bei irgendeiner kleinen Abwehrabteilung, die unter der Führung eines militärisch-tun-digen Genossen stand, in dem halbeschen Vorort Trotha herum und markierte den großen Feldherrn, solange er keinen Gegner vor sich hatte. Kaum hatte eine etwa 10 Mann starke Reichswehrpatrouille ihre Köpfe über den dortigen Bahndamm gesteckt, als Herr Scholem, ohne daß auch nur ein Schuß abgegeben worden wäre, auskniff. Während sich sein aus dem Osterputsch rühmlichst bekannter Kollege Bowitz einen Hühnerstall als Versteck suchte, verkrach Scholem unter dem Regenschirm eines Trothaer Gartensofles. Erst nachdem die Gefahr durch das Eingreifen bejammener Sozialdemokraten völlig beseitigt war, kam der läppere Scholem wieder ans Tageslicht in ebenso phantastischer Verkleidung wie der ebenso tapfere spätere kommunistische Bezirks-sekretär Döwler, dessen künstlicher Bart bis an den Knebel reichte. So lange Scholem in Halle war, hat er sich wohlweislich gehalten, sich als Held im Kampfe gegen die Weißgardisten auszu-spielen. Das wäre ihm auch nicht gelungen, da der liebevolle Anabe von damals 23 Jahren natürlich als militärischer Führer von keinem organisierten Arbeiter ernst genommen worden war. Bei einem etwaigen Versuch, sich hier eine militärische Funktion anzumachen, hätte man ihn, wie uns glaubhaft versichert wird, bei den dazu besonders gut eingerichteten Ohren genommen und ihn ohne Federlesen auf das ihm gebührende Pflöckchen gesetzt.

Der völkische Krach.

Bruch zwischen Esser und dem völkischen Block.

Das parteioffizielle Dementi des völkischen Blocks über den Aus-schluß von vier hervorragenden Mitgliedern hat rasch seine Kor-rektur erfahren. In einem Artikel der „Deutschen Presse“, der sich mit dem Zank im völkischen Lager beschäftigt und sich insbesondere mit dem Verhältnis Essers zum völkischen Block ausein-andersetzt, wird folgendes mitgeteilt:

„Heute ist der Bruch zwischen Esser und dem völkischen Block vollzogen. Der völkische Block wurde aus Reichs-tagsgründen zu diesem Entschluß gedrängt.“

Das bedeutet also, daß Esser, der nach derselben Quelle nach einem Reichstagsmandat schielte, es aber aus dem Grunde nicht erhielt, weil er das vorgeschriebene Mannbarkeitsalter noch nicht erreicht hatte, aus der Sammelpartei des völkischen Blocks hinaus-geworfen worden ist. Man sieht also, welchen Wert man völkischen Dementis beilegen darf.

Kahr-Seifer bleibt.

Eine Abfuhr für die bayerische Regierung.

München, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Schwepfer, hat bekanntlich im Mai d. J. den Polizeioberst von Seifer aus seiner Stellung als Chef der bayerischen Landespolizei entlassen. Dieser legte gegen die Entscheidung des Staatsministers Verfassungs-be-schwerde beim Staatsgerichtshof ein, der nunmehr dieser Be-schwerde stattgegeben hat. In der Begründung heißt es: „Die Entlassung des Herrn v. Seifer durch das Staatsministerium des Innern ist ausschließlich auf die Feststellung gestützt worden, daß Oberst v. Seifer durch den Gang der Ereignisse zu einer poli-tisch unstrittenen Persönlichkeitsveränderung gekommen ist. Die außerordentlich dienstliche Befähigung des Herrn von Seifer ist gleichzeitig vom Ministerium anerkannt worden. Eine also begründete Verabschiedung verstoßt aber gegen den Artikel 13 Abs. 1b des Landespolizeibeamtengesetzes, wonach die Entlassung nur möglich ist, wenn der Entlassene nach dem Urteil seiner Vorgesetzten für seine dienstliche Verwendung nicht mehr befähigt ist. Die Vorchrift hat lediglich den Fall im Auge, daß der Polizeibeamte infolge Nachlassens seiner persönlichen Leistungsfähigkeit seiner dienstlichen Aufgabe nicht mehr gewachsen ist. Der Begriff der Befähigung umfaßt nur die aus der Persönlichkeit und der Veran-lagerung des Polizeibeamten schließenden Gründe, nicht aber objektive, außerhalb seiner Person liegende Umstände. Wenn auf diese Weise vorgegangen werden könnte, wären die Landespolizeibeamten in der Tat zu den Zeiten und für die Tätigkeit, in denen und für die sie den Schutz unberechtigter Entlassungen am meisten brauchen, zu wenig geschützt. Die Verabschiedung des Herrn v. Seifer ver-stößt daher gegen eine Bestimmung des Landespolizeigesetzes und verstößt, da sie in ein höherwertiges Recht des Beschwerdeführers eingreift, den § 67 der bayerischen Verfassung.“

Wiedfeldts Rücktritt.

Frankfurt a. M., 14. August. (Rth.) Wie die „Frankfurter Ztg.“ aus Washington meldet, hat der deutsche Botschafter Wiedfeldt ein Einverständnis mit Berlin erzielt, wonach sein Rücktritt für den 15. September angenommen ist. Es ist möglich, daß der Botschafter noch kurze Zeit danach auf seinem Posten bleiben wird.

Die Münchener Postzeit hob am Dienstag im Kolosseum eine Versammlung der kommunistischen Partei auf. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kahr sollte über das Dames-Gutachten und seine Folgen für die Arbeiterschaft sprechen. Die Schutzmannschaften machten bei der Aufhebung der Versammlung teilweise von den Gummiknüeten Gebrauch. Mehrere Per-sonen wurden verhaftet, später aber wieder freigelassen.

Personalien aus dem auswärtigen Amt. Der Oberregierungsrat in der Presseabteilung der Reichsregierung und ordentliche Honorarprofessor an der Universität Kiel, Dr. Oswald Schneider, ist zum Vortragenden Legationsrat und zum Direktoren in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes ernannt worden.

Schwarzweißroter Strand.

Von Karl Fischer.

Siehtbäder kann man in Warnemünde nicht nehmen. Aber am Seestrand, wie man in Mecklenburg unter Wortverschwendung sagt, und am Strom, so heißt hier der Hafen, merkt man auf Schritt und Tritt, daß man in einem Land sich befindet, in dem liebe Leute das Stahlbad eines neuen Krieges für notwendig und nützlich halten. Ueberall schwarzweißrote Fahnen und Fähnchen auf den Dächern von Hotels und Pensionen, auf den Strandkörben und Strandburgen, auf den Badeanstalten, Booten und Kiosken. Um keine günstige Gelegenheit zu habenkreuzerisch-herdenhaftiger Betätigung vorübergehen zu lassen, hat man in der Bedürfnisanstalt am Strand die Wände beklebt und beschriftet: „Hitler wirft alle Juden ins Meer!“, womit diese Anstalt die Bedürfnisse der meisten in Warnemünde wirtlich befriedigt. Kein Wunder schließlich! In Mecklenburg war man bekanntlich immer mindestens ein Jahrhundert hinter der Zeit zurück. Daher kommt es denn auch, daß man heute in Warnemünde noch nichts weiß von der Republik Deutschland. Und als am verflochtenen Sonntag Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in einem großen Auto durch den Ort ratterten, hörte man indigniert-erschaut: „Was woll'n die Kerle?“ Nun, die auf dem Auto schwankten die schwarzrotgoldenen Fahnen, logten und sangen es in alle Winde, was sie wollten. Hoffent-lich haben es ein paar behalten und beherzig!

Vor ein paar Tagen war Herr Busse hier und hat zur Erinne-rung an das Stahlbad des letzten Krieges gesprochen. Nach der Ver-sammlung war gemütliches Beisammensein. Da hat man auch die wichtige Frage ventiliert, auf welche Weise man schwarzweißrote Wellen auf Strand und Sand sich wälzen lassen kann. Wie ver-lautet, haben Halentreuzingenieure eine befriedigende Lösung des Problems gefunden. Durch sinnlich unter Wasser angebrachte elektrische Röhren wird es möglich sein, schwarzweißrote Wellen auf einen natürlich schwarzweißrot gefärbten Strand zu führen.

Nach der Entdeckung eines genialen deutsch-nationalen Geistes lag das Paradies in Mecklenburg. Nichtig! Nur im Ort hat er sich geirrt. Das war nämlich in Warnemünde. Noch heute kann man es daran erkennen, daß Weiblein und Männlein als Eos und Adams am Strand umherlaufen. Zwar haben sie Bodemäntel um sich gezogen, aber der neugierige Wind zerri daran, so daß alle Schönheiten der Göttergötter gezeigt werden. Man freut sich über die ungeschuldvolle Natürlichkeit, fürchtet nur ein wenig, daß die Naturgewalten sich einen lästigen Schnupfen auf ihr liebes Leibchen laden werden und wundert sich nicht wenig über die Allein-gesessenen, die entrüftet sind über die nackten Kerls und Mädels. Wenn man doch im Paradies wohnt!

Ueberhaupt ist man in Warnemünde sehr modern geworden. Für die weniger bemittelten Staatsbürger hat man den Strand hinter

den Badeanstalten zum Baden freigegeben. Und im Familienbad findet mittags Konzert statt, und alles tanzt und betätigt sich auch sonst sehr tapfer! Und das Fleisch schmilzt und quillt aus den Bebe-kostümen. Dann preßt die Musik ein paar Parade-märsche da-zwischen, die Paare treiben an, und man denkt, jetzt kommt der Vor-beimarsch in Kompagnietonnie. Es heißt, daß Ludendorff hierher kommt und die Parade im Familienbad, garantiert judenrein — ich meine das Familienbad —, abnehmen wird. Neben mir stand einer, der sagte, als er davon hörte: „Das wird die richtige Schinkenparade!“ Gott, durch solche respektlose Reden darf man sich nicht irremachen lassen. Es hat halt immer Leute gegeben, die für alles Erhabene und Hohe kein Herz hatten!

Und doch, und doch! Warnemünde ist schön! Der weite, weiße Strand, der Wald, der bis an das Wasser reicht, und die Kostoder Heide mit uralten Eichen- und Buchenriesen. Ja, es ist wahr, hier ist das Paradies! Die Bäume rauschen, irgendwo da hinten rennen und rollen die Wellen an den Strand, die Nerven schwingen gleich-mäßig und glücklich, als regierte der Friede in der Welt, als gebe es keine Wulles und andere Botanwütige, keine schwarzweißrote Fahnen am schwarzweißroten Strand.

Russischer Detamaron. Eine Geschichte, die sich wie eine der unsterblichen Erzählungen in Boccaccios „Detamaron“ ausnimmt, macht gegenwärtig in Russland das größte Aufsehen. Die Ros-tower Blätter sind voll von der Anklage, die gegen den Prior eines Klosters wegen Verführung eines 17jährigen Mädchens und gegen dieses Mädchen wegen Kindesmordes erhoben worden ist. Die tat-sächlichen Verhältnisse, die diesem Prozeß zugrunde liegen, sind phantastischer als jeder Roman. Das Mädchen kam in Männer-kleidung unter dem angenommenen Namen Alexis Drobrotolom in das Kloster und wandte sich an den Prior Warnawa, der einem Kloster in der Nähe von Rostow vorsteht, mit der Bitte, es in den Priesterorden aufzunehmen. Da der Jüngling sich als einen Keßler des Patriarchen Trichon vorstellte, sand der Prior keinen Anlaß, ihn abzuweisen, und nahm ihn zunächst als Dienbruder in seine persönliche Umgebung. Nach einigen Tagen entdeckte er jedoch, daß der neue Klosterbruder ein Mädchen war. „Alexis“ gab nun sein wahres Geschlecht zu und erklärte, sie sei gezwungen worden, Männerkleidung anzulegen, weil ihre Eltern tot wären, sie keine Freunde gehabt hätte und sich als Mädchen nicht durchs Leben schlagen konnte. Der Prior versprach ihr, das Geheimnis zu wahren, und gestattete ihr, weiter im Kloster zu bleiben. Aber als sich das Mädchen dann Mutter fühlte, da wurde ihm die Sache doch unheimlich, er brachte sie nach Moskau. ließ sie dort mit einer kleinen Summe zurück und befahl im Kloster, man solle dem „Mädchen Alexis“ den Eintritt verweigern, wenn er sich wieder zeigen würde. Weiterdessen irrte das Mädchen verlassend und mittellos in Moskau umher, und als sie einem Kinde das Leben gab, täte sie es in ihrer Verzweiflung und stellte sich dann selbst dem Gericht. Der Prior wurde verhaftet, und die ganze Angelegenheit wird nun in einem Nordprozeß näher untersucht werden.

Lieber unter den Wilden als zurück zur Kultur! Eine zur Er-forschung der Heuschrecken von der kappländischen Regierung aus-geladene Expedition in der Kasabari-Wüste hat 50 Weiße entdeckt, die gekommen holländischer Auswanderer, die als Sklaven bei einem Negerherrscher lebten. Die Reisenden fragten diese weißen Sklaven, bevor sie Malopolete, den Ort, wo sie ihre niedrigen Arbeiten ver-richten, verlassen, ob sie nicht mit ihnen zur Kultur zurückkehren wollten, aber die weißen Sklaven weigerten sich, ihr Schicksal auf-zugeben. Sie sind ganz zufrieden, daß sie für die Schwarzen arbeiten, auf trocknen Blättern schlafen und die primitive Nahrung zu sich nehmen müssen. Sie haben niemals vorher andere Weiße gesehen und nur ungewisses vom Weltkreis gehört. Sie haben Angst vor all dem Neuen und Fremden, was hinter der Wüste ihrer wartet; sie wollen nicht den Weg durch die Wüste wagen, weil sie sich vor dem Wassermangel fürchten. Der älteste dieser weißen Sklaven erzählte nach der Ueberlieferung, die unter ihnen lebendig ist, wie sie hierher gekommen sind. Ihre Eltern waren Holländer, die durch die Wüste zogen, um nach Portugiesisch-Westafrika zu gelangen, wo sie frucht-bares Land zu finden hofften. Auf dem Wege durch die Wüste wurde aber das Wasser knapp; schließlich hatten nur noch die Frauen zu trinken, und dann war auch für diese nichts mehr da. Eins nach dem andern starben, Männer und Weiber. Als etwa noch 10 Männer und Frauen übrig waren, verließen sie die Wüste, nachdem alle schon tot waren, und zogen aufs Geratewohl durch die Wüste, bis sie zu einem Kroat von Eingeborenen kamen. Hier wurden sie Sklaven des Häuptlings, und ihre Nachkommen sind es geblieben und wollen es auch weiter bleiben.

„Jugend und Bühne“. Auf der vom Zentralinstitut für Er-ziehung und Unterricht in Gemeinschaft mit dem Bühnendolksbund, dem Rhein-Mainischen Verband, der Hessischen Zentrale für Volks-bildung und den Vertretern der Jugendpflege und Jugendbewegung in Frankfurt a. M. in der Zeit vom 15. bis 17. September 1924 veranstalteten Tagung „Jugend und Bühne“ in Frankfurt a. M. werden die Fragen des Jugendspiels in Vorträgen behandelt über „Möglichkeiten und Grenzen des Jugendspiels“ von Georg Götz, Berlin, und Dr. Leo Weismantel, Maribreit a. M., über „Jugend-spiel und Berufsbühne“ von Direktor Hans Wehner, Frankfurt a. M., über „Das Spiel im Kindesalter“ von Anton Eitman, München, über „Die Dramaturgie des Puppen-spiels“ von Dr. Julius Franke-berger, Frankfurt a. M. Am 15. September abends spricht Univer-sitätsprofessor Dr. Rohl, Göttingen, über „Die Stellung des Jugend-spiels im Rahmen der gegenwärtigen allgemeinen Kulturbewegung“. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle für die Tagung „Jugend und Bühne“ in Frankfurt a. M., im Sachsenlager 1.

Alexander Glasberg, einer unserer besten Uebersetzer aus dem Rus-sischen, ist in Berlin im Alter von 46 Jahren gestorben. Er hat in eigenen Werken die russische Kunst und die russische Literatur behandelt, aber seine hervorragende Leistung sind keine Uebersetzungen. Tolstoj, Dostojewski, Turgenev, Gogol, Tschekow und viele andere stehen auf der langen Liste derer, die er meisterhaft verdolmetscht.

Naptha in Kamtschatka. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur fand eine geologische Expedition aus Kamtschatka an den Ufern des Plusses Bogaljemka im Bezirk des Kronen-Werks umfangreiche Kohl-thouquellen, die unter vulkanischer Lava lagern und 78 Prozent Petroleum enthalten.

Das Zuchthausurteil von Leipzig. Peinliche Vergleiche.

Auf die Potsdamer Kommunisten und Reichswehrsoldaten, die in der letzten Woche vor dem Staatsgerichtshof standen, sind furchtbar harte Zuchthausstrafen niedergegangen. Die Hauptangeklagten sind wegen Vorbereitung zum Hochverrat, wegen Verbrechens gegen § 7 des Republikverfassungsgesetzes (Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung) und gegen § 7 des Sprengstoffgesetzes (Besitz eines Waffenlogers) verurteilt worden, die übrigen wegen militärischen Diebstahls, Bestechlichkeit und Hehlerei.

Das Gericht hat als gerichtsnotorisch angesehen, daß die kommunistische Partei im Herbst des letzten Jahres dazu übergegangen war, ihr Ziel mit Gewalt zu verwirklichen, nämlich die gegenwärtige Staatsverfassung zu stürzen und an ihrer Stelle eine Sowjetrepublik aufzurichten. Die kommunistischen Übergriffe, so heißt es in der Urteilsbegründung, wollten sie dazu benutzen, um ihre eigene Macht zu stabilisieren. Nach der Verkündung des Ausnahmezustandes am 26. September 1923 habe eine verneinte Aktionstätigkeit eingesetzt, nämlich durch Einrichtung eines geheimen Kurierdienstes und durch Versuche, die Reichswehr zu zerschlagen und Waffen zu beschaffen. Um eine solche Waffenschaffung im großen Stil und in Verbindung mit Zerschlagung der Reichswehr habe es sich im vorliegenden Falle gehandelt. Dieser sei der schwerste solcher Art, der bisher den Staatsgerichtshof beschäftigt habe.

Was das Strafmaß anlangt, so hat der Staatsgerichtshof erzwungen, daß die Fäden der Verschönerung bis in die Zentrale der K.P.D. reichen, daß in Verbindung mit diesem Falle der Tscheka ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, daß Angehörige der deutschen Reichswehr sich zu schimpflichen und ehrloser Handlungswesen haben hinreichend lassen. Die Drahtzieher der K.P.D. hätten sich nicht geschert, um ihre verbrecherischen Pläne zu verwirklichen, die jungen Leute zum Eidbruch und Treubruch zu veranlassen. Der einzige Milderungsgrund, der für die Soldaten spricht, sei der, daß sie die Verführten gewesen sind.

Was auch dieses Urteil so schwer verständlich macht, ist der sich aufdringende Vergleich mit jenen, die gegen die Rechtsputschisten verhängt worden sind. Immer wieder schweift der Gedanke nach München, wo die Urheber eines der schlimmsten Verbrechen gegen den Staat, die Ludendorff, Hitler und ihre Trabanten teils freigesprochen, teils mit einer lächerlichen Festungshaft belegt worden sind. Freilich wurde jenes Urteil gefällt von einem verfassungswidrigen Münchener Volksgericht und schon die Tatsache, daß der Ludendorff-Prozess dem zuständigen deutschen Gericht entzogen ward, bedeutete die offene Rebellion einer Landesregierung gegen das Reichsgesetz. Aber auch die Putschisten von Kuffrin, die damals vom Reichswehrministerium mit der unwahrscheinlichen Bezeichnung „nationalkommunistische Hausen“ versehen wurden, sind von dem außerordentlichen Gericht in Kottbus mit einer geradezu aufreizenden Milde behandelt worden, die um so mehr ins Auge fällt, wenn man sie in Vergleich stellt zu den furchtbaren Zuchthausstrafen, die vom Staatsgerichtshof gegen kommunistische Verschwörer angelegt werden. Was wir über dieses sowjetistische Verschwörertum denken, haben wir mehr als einmal zum Ausdruck gebracht. Die deutsche Republik bietet gerade den Arbeitern, wenn sie nur ihre Macht rechtzeitig erkennen, eine solche Fülle von Möglichkeiten, ihre Rechte durchzusetzen und unter Umständen auf verfassungsmäßigem Wege zu erweitern, daß jeder Versuch, den bewaffneten Aufstand zu organisieren, nicht nur ein Verbrechen gegen die Republik, sondern auch ein solches gegen die Interessen der Arbeiterklasse darstellt. Deswegen steht die Sozialdemokratie in schroffem und unveröhnlichem Gegensatz zu den baskunistischen Methoden, die heute von den Sowjetgläubigen angewandt werden. Gerade die Sozialdemokratie ist deshalb bei den Kommunisten am meisten verhaßt, weil sie die Arbeiter vor solchem putschistischen Wahn zu bewahren sucht.

Wenn die Republik sich gegen verbrecherische Anschläge auf ihre Existenz zu sichern sucht, so ist das durchaus verständlich und notwendig. Nicht verständlich und nicht notwendig aber ist es, wenn sie die Rechtsputschisten demselben Staatsgerichtshof entgehen läßt, der so schwere Urteile gegen Kommunisten zu fällen weiß. Nichts ist schlimmer, als wenn im Volksbewußtsein sich der Gedanke festsetzt, daß zweierlei Recht in Deutschland zur Anwendung gebracht wird, von denen das schärfere immer die Angehörigen der Arbeiterschaft trifft. Das Geschrei der kommunistischen Presse und Versammlungen gegen die Urteile des Staatsgerichtshofs würde vollkommen wirkungslos verhallen, wenn nicht auch bei denen, die nicht zu den Kommunisten gehören, eine tiefe Verbitterung darüber sich festsetzt, daß diejenigen gewissermaßen Prämien erhalten, die ihre verbrecherischen Anschläge gegen das Reich mit einem nationalen Mantelchen drapieren, während die unter dem Einfluß der Sowjetberedsamkeit stehenden Proletariat unweigerlich ins Zuchthaus wandern müssen.

Schießerei in Königshütte.

Unverständliche Haltung der Polizei.

Königshütte, 14. August. (W.Z.) Vor der Gräfin-Laura-Grube bei Königshütte kam es heute vormittag zu einem Zusammenstoß (?) zwischen der Polizei und den Arbeitern. Als die Belegschaft der Grube ihre Löhnung abholen wollte, ließ die Direktion mitteilen, daß sie über keine Gelder verfüge. Während die Arbeitervertreter mit der Direktion in dieser Angelegenheit noch verhandelten, erschien plötzlich eine Abteilung Polizeibeamter aus Chorzow unter Führung eines Kommissars und trieben die vor dem Grubentore versammelten Arbeiter mit blanker Waffe auseinander. Hierbei wurden einige Arbeiter verletzt. Als auch Schüsse fielen, floh die Menge auseinander und ließ einige Verwundete auf dem Platz zurück.

Von der Börse.

Die Zuspitzung der Gegensätze auf der Londoner Börse bleiben nicht ohne Rückwirkung auf die Berliner Börse. Die Spekulation bewahrt wieder äußerste Zurückhaltung. Am besten gehalten war der Anleihemarkt, der vereinzelt sogar höhere Kurse aufwies als gestern. Man handelte in der ersten Börsenstunde Ariansanleihe mit 710, Zwangsanleihe mit 20, 3/4-prozentige preussische Konjuls mit 1450, Schutzgebiet mit 3%, 23 K-Schätze mit 620 Millionen, 24 K-Schätze mit 450 000 Prozent, die Reichsbank verarbeit sich ganz entschieden gegen die von einem Berliner Blatt wieder aufgetischten Gerüchte, wonach die Reichsbank größere Beträge von K-Schätzen schuldig sein soll. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Reichsbank kein Saldo von den verschiedenen Stellen, noch eine große Anzahl von K-Schätzen zu fordern haben. Am Aktienmarkt gestaltete sich das Geschäft ziemlich ruhig, doch wiken die Kurse eine gewisse Festigung und Widerstandsfähigkeit auf. Im Geldverkehr hält eine gewisse Flüssigkeit für mögliches Geld an. Am Devisenmarkt ist die Lage für europäische Valuten uneinheitlich geworden.

Was ärztliche Standesehre gestattet.

In Nr. 32 des „Groß-Berliner Arztblattes“ wird am Schluß einer Besprechung des Dr. Krankeforts in Hamburg erklärt, daß die Ärztschaft auch vor den äußersten Mitteln in ihrem Kampfe mit den Krankenkassen nicht zurückschrecken werde. Welche Ausflüchte diese Drohung für das Proletariat eröffnet, mögen einige wenige Beispiele aus einem großen Material beweisen:

In Elbing weigerte sich ein Dr. W., zu einem schwerkranken Kinde zu kommen, da die Mutter keine 10 M. für den Besuch zahlen konnte. Eine Ärztin Dr. S., die alsdann hinzugezogen wurde, kam erst nach zwei Tagen (an einem Montag), nachdem die Mutter das Geld besorgt hatte. Sie erklärte, wenn sie Sonnabends gekommen wäre, wäre das Kind noch zu retten gewesen. Am Dienstag starb das Kind.

Im Bezirk Gera-Kauf ließ sich ein Medizinalrat Dr. B. für die Entbindung eines Dienstmädchens, dessen Vater arbeitslos ist, 164 M. zahlen. Der Vater mußte seinen einzigen Besitz, ein Schwein, verpfänden, da der Arzt Vorauszahlung verlangte. Im gleichen Orte lehnte ein Dr. R. die Behandlung einer Patientin, die lungenkrank ist und da deren Vater einige Tage zuvor gestorben war, ab, da die Patientin nicht im voraus zahlen konnte. Der gleiche Arzt verweigert seine Hilfe einem schwer herz- und nierenkranken Manne, der ihm nicht seine letzten 3 M., mit denen er für eine ganze Woche seinen Lebensunterhalt bestreiten mußte, geben wollte. Der Patient konnte nicht mehr, wie die vorhergehenden, eine eidesstattliche Versicherung abgeben, da er kurz darauf gestorben ist.

Ein Dr. S. in Gera schickte einen Schlosserlehrling, dem bei der Arbeit ein Splitter ins Auge geflogen war, mit den Worten fort: „Erst halbe Geld, dann mache ich den Splitter heraus!“

In Leipzig verlangte ein Dr. M. für einen Besuch im voraus 12 M. Bis die Angehörigen das Geld zusammengebracht hatten, war der Patient gestorben.

Ein Dr. S. in Lichterfelde verweigerte die Entfernung eines Eisenstüblers aus dem Auge, da Patient kein Bargeld hatte.

In Radeberg wurde der Chirurg Dr. B. wegen Betrugtes, da er für sich und seine Frau auf Kassenrezepte Verordnungen verfasste, zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der gleiche Arzt ließ durch seine Krankenschwester, als er krank zu Bett lag, die Sprechstunde abhalten.

Um die Fleischgroßmarkthalle.

Die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirktes Prenzlauer Berg hatte am Mittwoch erie Freizeitsung. Ein dringlicher Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion erzielte das Besondere am sofortigen Einspruch gegen den Plan des Magistrats, im Zusammenhang mit der zu erwartenden Fertigstellung des Kochens vor dem Kriege begonnenen Baus der Fleischgroßmarkthalle an der Landsberger Allee das von ihr bis zur verlängerten Anprobestraße reichende Gelände im Erbvertrage an eine private Gesellschaft zu geben. Die Gesellschaft soll auf ihre Kosten für die Fleischgroßmarkthalle einen unterteilten Erweiterungsbau und das notwendige Kühl- und Gefrierhaus bauen und dafür jenes 220 000 Quadratmeter große Gelände auf 60 Jahre gegen jährlich 75 000 Goldmark Pachtzins erhalten, um es zu industriellen Anlagen auszunutzen, z. B. zu Wurstfabriken, Schlachthöfen, Schmalzfabriken, Darmfleischereien, Häuterwertungsbetrieben usw. Dieser Plan, der auch die Ueberlassung des Betriebes des Kühl- und Gefrierhauses an die Gesellschaft vorsieht, wurde in der Bezirksversammlung von Rednern aller Fraktionen — für die Sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Barn — aus verschiedenen Gründen verworfen. Unter anderem wurde ausgeführt, die Stadt müsse das Kühl- und Gefrierhaus in eigenen Händen behalten. Die Gesellschaft würde die ihr eingeräumte Marktstellung zum Schaden der auf sie angewiesenen Schlächter und hiermit der Verbraucher ausnutzen, die der Gesellschaft erlaubten industriellen Anlagen würden die Bevölkerung des Bezirks durch üble Gerüche belästigen. Das vom Magistrat nicht vorher angehörte Besondere hat, wie Stadtrat Genosse Meyer mitteilte, sogleich nach Bekanntwerden des Planes gegenüber dem Magistrat die Bedenken geltend gemacht. Die Bezirksversammlung nahm den Protestantrag einstimmig an.

In derselben Sitzung wurde auch über eine von der Sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anfrage verhandelt, die sich gegen die Absicht der Erweiterung des Friedhofes der jüdischen Gemeinde wendet. Auf die Begründung der Anfrage durch Genossen Treptow antwortete Bürgermeister Genosse John, die Erweiterung würde ein noch neuem Bebauungsplan für künftige Bebauung mit reichlichen Grünflächen ausserordentliches Gelände beanspruchen, doch habe in Rücksicht auf die Volksgesundheit das Bezirksamt die Genehmigung verweigert, so daß die jüdische Gemeinde durch Anfechtung dieses Einspruchs eine Entscheidung herbeiführen müsse. Er betonte, daß bei aller Pflicht vor Pietät gegen tote doch die Unzulässigkeit der Erweiterung der im Stadtgebiet liegenden Friedhöfe anerkannt werden muß und die Toten den Lebenden weichen müssen. In der Besprechung wurde dieser Standpunkt von fast allen Rednern gebilligt, wobei aber der Deutschnationale den durch nichts zu rechtfertigenden Versuch machte, die Angelegenheit auf das Gebiet der Korruption und der Politik hinüberzuziehen. Von dem Einspruch gegen die Friedhofserweiterung schlossen nur die Kommunisten sich aus, indem sie erklärten, Friedhöfe müßten leicht erreichbar sein. Eine von der Sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Entschliessung, die den Magistrat auffordert, gleichfalls dem Erweiterungsplan die Genehmigung zu verweigern, kamt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Wirtschaftsnachrichten durch Unterhaltungsrundfunk.

Vom 15. August an werden durch den Unterhaltungsrundfunk täglich zwei bis dreimal besondere Wirtschaftsnachrichten für einzelne Kreise des Handels und der Landwirtschaft verbreitet werden. Diese Nachrichten sind nur für den Geschäftsverkehr bestimmt. Sie werden verschlüsselt übermittelt und dürfen nur von denjenigen verwendet werden, die den Bezug der Nachrichten besonders beantragt und bezahlt haben. Bezahler der besonderen Wirtschaftsnachrichten kann jeder Rundfunkteilnehmer werden. Die Anträge auf den Bezug sind an die Eidenschaft für amtliche und private Handelsnachrichten G. m. b. H. in Berlin NW. 7, Bunsenstr. 2, oder an die für den Wohnort des Antragstellers zuständige Sendegesellschaft des Unterhaltungsrundfunks zu richten. Für den Bezug der besonderen Wirtschaftsnachrichten ist neben der Rundfunkteilnehmergebühr von monatlich 2 Goldmark noch eine Gebühr von 15 Goldmark für den Monat und den Teilnehmer zu entrichten. Diese Gebühr wird in gleicher Weise wie die Rundfunkteilnehmergebühr durch das Postzustellpersonal eingezogen. Die Gebührenpflicht rechnet vom Ersten des Monats an, in dem der Bezug der besonderen Wirtschaftsnachrichten beginnt. Für den Monat August dieses Jahres ist ausnahmsweise nur die Hälfte des Gebührensatzes mit 7,50 Goldmark zu entrichten.

Die Hige als Diebesheifer.

Eine Taschendiebesbande, die in den letzten 6 Jahren regelmäßig Ende April, Anfang Mai und später dann noch einmal im August Berlin heimsucht, macht sich jetzt wieder durch ihre „Arbeit“ bemerkbar. In den Zwischenzeiten hoben sie ihr Unwesen in Bädern und Kurorten getrieben. Gates und recht warmes Wetter sind für die Ausführung ihres „Gewerbes“ unerläßliche Bedingungen. An Herren, die bei der Hige ihren Rock aufgeknapft tragen, machen sie sich im Gedränge der Straßenbahn, Untergrundbahn oder eines anderen Verkehrsmittels heran. Mit geschickten Schnitten hoben sie ihnen das Taschenfutter der Weste aufgetrennt, und die oft wohlgefüllte Brieftasche ruschte dann, ohne daß der Besizer sofort etwas merkt, ihnen in die Hände. Meistens

In Borsum bei Braunschweig hat der Dr. D. sich geweiheit, einem landwirtschaftlichen Arbeiter, der sich mit einer Heugabel die rechte Hand durchbohrt hatte, zu behandeln. Er schickte den Patienten weg, um zuerst das Geld zu holen.

Das sind nur einige Fälle, die wohllos aus einem großen Material herausgegriffen sind. Sie zeigen aber, was dem arbeitenden Volk, wenn die Ärzte ihre Nachgelüste austoben können, bevorsteht.

Aber auch in Berlin ereigneten sich zahlreiche Fälle, die die ärztliche Standesehre in einem besonderen Licht erscheinen lassen. So nahm kürzlich ein Hautarzt im Südosten einem arbeitslosen Familienvater die letzten 2 M. ab als Kontozahlung für seine geforderten 15 M., und schalt ihn noch Lügner und Betrüger, da der Mann nicht gefagt hatte, er habe kein Geld. Die Leute haben alsdann am Sonntag, an dem es keine Unterstützung gab, mit ihren zwei kleinen Kindern, darunter ein 4-jähriger Säugling, nichts zu essen. In der gleichen Gegend entfernte eine Ärztin bei einer Kassenpatientin eine Fehlgeburt ohne Anästhesie und zwang die Patientin, die sich erbrochen hatte, nach der Operation das Erbrochene aufzuwischen. Aber auch tragikomische Fälle kamen häufig vor: z. B. wenn ein Arzt in Charlottenburg für Nachbesuche bei seinem Dienstmädchen Rechnungen ausstellte. Von einfachen Betrugsfällen, bei denen Eingriffe als gemacht quittiert werden, soll heute nicht die Rede sein.

Vielleicht wird auch einmal die bürgerliche Presse, die von ihren medizinischen Mitarbeitern andauernd über die trostlose Lage des ärztlichen Standes mit Rotzschreien überschwemmt wird, von diesen nächsten Tatsachen, die von Kassenmitgliedern durch Versicherung an Eidesstatt bekundet worden sind, Kenntnis nehmen. Bei der Häufigkeit der Fälle ist man leider gezwungen, von dem Glauben abzukommen, daß es sich nur um vereinzelte Ausnahmen handelt.

Wenn das „Groß-Berliner Arztblatt“ am Schluß seines Artikels schreibt: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“, so erscheint das nach dem Vorhergehenden als eine freche Verhöhnung des von den Ärzten so gerne zitierten allgütigen Gottes.

Dr. med. Robert Marg.

fuchen sich die Gauer Herren aus, die sie vorher auf der Bank beobachtet haben, und bei denen sie wissen, daß sich die „Arbeit“ lohnt. Mitteilungen, die dazu beitragen können, diese Spezialisten endlich einmal unschädlich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Dr. Riemann im Polizeipräsidium entgegen.

Rattenjagd durch Warden.

Schon seit längerer Zeit ist der Dönhofsplatz einer ständigen Rattenplage ausgelegt. Die Tiere haben sich hier im dichten Strauchwerk und den Buchsbaumomagen völlig eingenistet und teils das Erdreich unterwühlt, so daß es trotz aller eifrigen Nachstellungen bisher nicht gelang, den Tieren bei Beibe zu kommen. Der Magistrat kam nun auf eine andere Idee. Er hatte zu heute Mittag einen Kammerjäger bestellt, der mit 2 Warden, nebenbei gefagt zwei ausgezeichnete Trompeter, anrückte. Er begann sofort seine Arbeit. Ein zahlreiches Publikum verfolgte dieses wohl seltene Schauspiel. Die beiden Tiere wurden nun auf die Köcher angelegt; jedoch verspürten sie angesichts der Zuschauermenge und des lärmenden Vertehes wenig Lust, ihr Handwerk zu beginnen. Nur einzelne Ratten wurden zur Strecke gebracht. Der Kammerjäger stellte darauf kein Vernichtungswort ein, um es in den späten Abendstunden wieder aufzunehmen, von dem er sich mehr versprechen wird.

Es ist hier vielleicht angebracht, wenn die dichten, von Busch- und Strauchwerk besetzten Anlagen durch freiere Flächen ersetzt würden, damit würde auch der Rattenplage ein Ende ganz sicher bereitet.

Der Magistrat am Potsdamer Platz.

Mit der Frage der Verkehrsregelung am Potsdamer Platz hat sich am gestrigen Mittwoch der Berliner Magistrat beschäftigt und beschloffen, auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen die erforderlichen Änderungen an der Platzanlage durchzuführen. Unter Führung von Stadtbaurat Dr. Adler und Stadtrat Wege begab sich der Magistrat gestern vormittag nach dem Potsdamer Platz, um an Ort und Stelle die Einzelheiten zu besprechen. Am Freitag werden im Polizeipräsidium in einer gemeinsamen Besprechung mit Pressevertretern die Einzelheiten der beabsichtigten Änderungen näher erörtert werden.

Kommunistische Vorliebe für Schwarzrotgold. Im Anschluß an den Fadelzug ist es, so schreibt die Gausleitung des „Reichsbanners“, einigen unserer Kameraden gelungen, den Kommunisten eine schwarzrotgoldene Fahne mit runder Kesseltrommel abzunehmen. Da wir annehmen, daß diese Fahne Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei gehört, ersuchen wir, dieselbe in unserem Bureau, Kaiser-Wilhelm-Str. 46 III, abzuholen.

Schwefeldämpfe und Wanzenplage. Berlin leidet unter einer furchterlichen Wanzenplage. Ueberall schwebelt man. Kein Haus und keine Wohnung bleibt verschont. Täglich laufen Meldungen ein von lebensgefährlichen Schwefeldämpfen, die von der Feuerwehr schnell beseitigt werden müssen, damit kein Unglück entsteht. Am Mittwochabend war das Treppenhaus Barwaldstraße 38 vollständig mit solchen Schwefeldämpfen angefüllt, die nicht abziehen wollten, weshalb die Feuerwehr helfen mußte. Ferner hatte die Wehr Schwefeldämpfe im Hause Joachimsthaler Straße 16 und an anderen Stellen zu beseitigen, weil sie Menschen und Tiere gefährdeten.

Die Obduktion des jungen Liedmann, der am 10. August in der Jungfernheide mit durchschossenem Kopfe aufgefunden wurde, wurde gestern nachmittag von dem Geheimen Medizinalrat Störmer vorgenommen. Sie bestätigte die Ermittlungen der Kriminalpolizei, und es ist jetzt außer Zweifel, daß sich I. selbst erschossen hat. Die im Schädel vorgefundenen Bleitügel paßt genau zu der Hülse, die noch in dem Trommelrevolver gefunden wurde. Es gewinnt den Anschein, als ob I. die unglückliche Tat aus gekränktem Ehrgefühl begangen hat.

Die Dreslauer Neumühle in Flammen. Am Mittwoch brach in später Abendstunde in der Neumühle in der Werderstraße zu Breslau Feuer aus, das in kurzer Zeit einen gewaltigen Umfang annahm. Gegen 1 Uhr nachts war das ganze Gebäude in Flammen gebüllt. Sämtliche Löschzüge Breslaus mit allen verfügbaren Mannschaften sind mit der Bekämpfung des Brandes beschäftigt. Inzwischen die umliegenden Gebäude geräumt werden müssen, hängt von der weiteren Entwicklung des Brandes ab. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin G.M. 68, Stadenstraße 1. Bitte an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Temp. rechts, zu richten.

Achtung, Kassierer! Von den Parteibelegungen ist gegenwärtig wieder ein Posten Rollen zum Preise von 1 Mark pro Stück in unserem Bureau gegen sofortige Bezahlung erhältlich.

Die Abrechnungen der 61., 62., 112. und 142. Abteilung sind trotz vielen Mahnens auch bis heute noch nicht eingelaufen. A. H. Meier Pagels.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsgericht gegen Betriebsräte.

Der Personalabbau der bei Behörden beschäftigten Angestellten ist bisher die Maßregelung tausender von brauchbaren, befähigten, wegen ihrer republikanischen Gesinnung und gewerkschaftlichen Überzeugung missliebigen technischen und administrativen Arbeitskräfte zur Folge gehabt. Die reaktionäre Bürokratie in Reich, Staat und Gemeinde feiert Triumphe.

Die fortgesetzten Bemühungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, ausreichende Sicherungen gegen Willkürakte gesetzgeberisch festzusetzen, sind am Widerstand der Reichstagsmehrheit gescheitert. Der Sparsauschuss des Reichstags blieb in der Zeit von Beschwerden zahlloser Fälle schreienden Unrechts einfach stumm. Die aufs Pflaster geworfenen Angestellten, die bei der Lage des Angestellten-Arbeitsmarktes der Vereitelung preisgegeben sind, hatten nur noch beschränkte Rechtsmittel zur Verfügung, um sich unter Berufung auf die in der Abbauperordnung vom 27. Oktober 1923 noch nicht aufgehobenen Paragraphen gegen den brutalen Hinauswurf von Betriebsratsmitgliedern zur Wehr setzen zu können. Der entsprechende § 96 des Betriebsrätegesetzes war von der Abbauperordnung unberührt geblieben, während andere Paragraphen ausdrücklich als aufgehoben genannt wurden.

Rund hat das Reichsgericht mit einer mehr „staatspolitischen“ als juristischen, in allen Teilen ansehnlichen Begründung entschieden, daß entgegen einem Urteil des Oberlandesgerichts Kiel eine Genehmigung der Betriebsverletzung zur Kündigung eines ihrer Mitglieder im Sinne des § 96 nicht erforderlich sei. Damit hat das Reichsgericht den in der Abbauperordnung noch übrig gelassenen Schutz aus dem Betriebsrätegesetz von sich aus reiflos aufgehoben und eine Art Ergänzung zu der wahrlich schon genügend unsozialen Gesetzgebung geschaffen. „Daß durch diese Entlassungsregelung“, so heißt es am Schluss der Begründung, „die durch § 84 und § 96 BzG. geschützten Arbeitnehmerinteressen verletzt werden, ist zuzugeben. Darüber dürfen sich aber die Angestellten des Reiches nicht beschweren. Ihre Interessen müssen hinter die des Reiches zurücktreten.“

Der AFA-Bund, der dem Reichstag und der gesamten Öffentlichkeit in den nächsten Tagen eine ausführliche Denkschrift unterbreiten will, fordert, daß nach der durch dieses Tendenzurteil bestehenden völligen Rechts- und Schutzlosigkeit der gemäßigten Betriebsräte bei Behörden der Reichstag noch vor den Herbstferien gesetzgeberisch und unzweideutig eingreift. Wenn das Reichsgericht Währungsversall und Finanznot des Reiches zum Ausgangspunkt seines alle sozialen Gesichtspunkte verneinenden, unverständlichen Standpunktes nimmt, so wird der AFA-Bund nachweisen, daß der Abbau an Reichsausgaben lächerlich gering, der Abbau an Gesinnung bei der in den letzten Monaten erfolgten Personalveränderung ausschlaggebend gewesen ist.

Der Schiedsspruch für das Bankgewerbe verbindlich!

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, ist der Schiedsspruch vom 28. Juli, der eine zehnprozentige Erhöhung der Gehälter für Juli und August vorsieht, vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Zentralverband der Zimmerer.

An der Zahlstellenversammlung am 12. August wurde festgestellt, daß die Sterblichkeitsziffer gegenwärtig sehr hoch ist. Im Jahre 1921 waren bei einem Mitgliederbestand von 3809 nur 34 Sterbefälle, im ersten Halbjahr 1924 bei einem Mitgliederbestand von 3783 dagegen 28 Sterbefälle zu verzeichnen.

Der Kassenbericht vom zweiten Quartal 1924 lag den Delegierten gedruckt vor. Für den achtwöchigen Streit wurden an zentralen Unterstützungen 70 769 M. gezahlt. Beschlossen wurde, wieder eine statistische Erhebung vorzunehmen. Stichtag ist der 27. August. Die Regulierungsberatung, welche nach jedem Verbandstag zu erfolgen hat, ergab die Annahme des alten Regulativs mit einigen Änderungen. Dem Antrag der Schiedskommission, den Fall Zager als erledigt anzusehen, wurde gegen 17 Stimmen zugestimmt.

Der Vorstand teilte dann noch mit, daß die Arbeitgeber erklären, der mit dem Baugewerksbund vereinbarte Lohn sei auch für Zimmerer maßgebend. Dem ist nicht so. Die Zimmerer arbeiten gegenwärtig ohne Tarif, weil die Arbeitszeit verlängert werden sollte. In Leipzig ist nach mehrwöchigem Streit am 7. August die Arbeit auf Grund eines Schiedspruchs, der die 46 1/2-Stunden-Woche festlegt, aufgenommen worden. In Berlin soll das angeblich nicht möglich sein, obwohl heute feststeht, daß es doch geht. Die in den letzten Tagen auf dem Nachweis eingetragenen Zimmerer, etwa 150 an der Zahl, erhoben schärfsten Protest gegen das Vorgehen der Firma Zuschlager aus Ohlau in Schlesien, welche die Radio-Mechanik hier am Bahnhof Willeben ausführt. Diese Firma hat es verstanden, etwa 75 Zimmerer, meistens aus Schlesien, zu importieren. Da sogar Lehrlinge sind aus Ohlau herangezogen worden, welche in den Bretterbuden auf der Baustelle auch Nachquartier erhielten. Die Stadt Berlin soll bis zu 90 Proz. dieses Bauwert finanzieren, aber ein Vorbehalt, daß hier vor allen Dingen auch Berliner 5/8 millionärer Arbeit erhalten, um so ihren Verpflichtungen gegen Kommune und Familie nachkommen zu können, scheint nicht gemacht zu sein. Der Ausschussrat, in dem Berliner Stadträte sitzen, sollte hier einmal nach dem Rechten sehen. Die schwere und gefährliche Arbeit glaubt die Firma für die Zimmerer mit 88 Pf. Stundenlohn abtun zu können. Die Belegschaft der Zimmerer von etwa 140 Mann hatte durch ihre Betriebsräte in der Vorwoche vier Tage hindurch eine Erhöhung beantragt. Am Freitag, den 8. August, als die Arbeit eingestellt war, konnte durch die Organisationsleitung und die Betriebsräte während einer Verhandlung ein höherer Lohn (1,— M. pro Stunde) festgelegt werden.

unter Beibehaltung der 46 1/2-Stunden-Woche. Außerdem erkannte die Firma die Betriebsverletzung an. Sie versicherte, fortan nur durch den Berliner Nachweis neue Kräfte einzustellen und für die nötigen Unterrichtsstände mit Spenden zu sorgen. Unter diesen Bedingungen wurde die Arbeit am Montag, den 11. August, wieder aufgenommen.

Erklärung des Bergarbeiterverbandes.

Da verschiedene Pressemeldungen besser wissen wollen, was im Verbands der Bergarbeiter vor sich geht, als der Verbandsvorstand, sieht sich der Vorstand zu der Erklärung veranlaßt — die jetzt von der IU. verbreitet wird —, daß die Pressemeldungen über die Kündigung des Ueberlichthofkommens den Tatsachen voraussetzen, zumal eine Stellungnahme des Bergarbeiterverbandes zu dem Ueberlichthofkommens noch nicht erfolgt ist, da eine Reihe der Führer aller Verbände zurzeit abwesend ist. Der Bergarbeiterverband erklärt die in der ausländischen Presse erschienenen Berichte über die Erörterung des Ueberlichthofkommens auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in Prag durch den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, Hufmann, für unzutreffend.

Die Bauarbeiter-Ausperrung in Rheinland-Westfalen.

Die IU. berichtet über eine Versammlung des Reichsoberverbandes der Arbeitgeber für den Tiefbau am Mittwoch in Essen, die Stellung nahm zu der durch die Aussperrung der Bauarbeiter geschaffenen Lage.

„Der Vorsitzende gab eine Gegenüberstellung der Löhne in der maßgebenden Industrie Rheinlands und Westfalens im Vergleich zu den Löhnen im Baugewerbe, wonach letztere schon jetzt wesentlich höher sind als die Löhne in der Industrie.“

Um diese Weisheit vor Bauunternehmern zu verzapfen, brauchte sich der Vorsitzende wirklich nicht zu bemühen. Allein die Öffentlichkeit soll über die Tatsache getäuscht werden, daß die Löhne im Baugewerbe als Saisongewerbe von jeher höher waren als die Löhne in der Industrie, höher sein müssen, weil die Bauarbeiter im Jahresdurchschnitt nur mit etwa 40 anstatt 52 Arbeitswochen zu rechnen haben. Ganz abgesehen davon, daß nirgends geschrieben steht, daß, weil in der Industrie schlechte Konjunkturlöhne gezahlt werden, auch die Bauarbeiter sich mit solchen Löhnen abfinden lassen müssen.

Zweit dieser für die Öffentlichkeit bestimmten Ausführungen ist die Irreführung der Öffentlichkeit über die Beweggründe der Bauherren zu ihrer brutalen Maßnahme.

Der Vorsitzende versicherte: „Der Arbeitgeberverband werde sich alle Mühe geben, die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Baugewerbe zu beseitigen, müsse aber eine Erhöhung der Löhne im dem Ausmaß, wie sie jetzt gefordert würden, ablehnen, da dadurch sowohl die Arbeitnehmer wie auch die Arbeitgeber brotlos gemacht würden.“

Um diese Ausführungen ins rechte Licht zu rücken, darf nur daran erinnert werden, daß die Bauunternehmer die Aussperrung deshalb vorgenommen haben, weil die Bauarbeiter sich auf einen Schiedsspruch stützen, der ihnen eine Lohnzulage von fünf bis zehn Prozent zugestand.

Die Moskauer Woche.

Die deutsche Delegation zum Moskauer Weltkongress mußte sich von den roten Direktoren der Leningrader Metallbetriebe ein Agitationspamphlet, das von nur 132 Vorstandsmitgliedern des Leningrader Metallarbeiterverbandes unterschrieben werden mußte, mit auf den Weg geben lassen, in dem es heißt:

„Ihr feht in ein Land (Deutschland) Red. d. „A.“ zurück, wo die Arbeiterklasse, gefesselt und geknebelt, sich in rasenden Schmerzen windet, ausgebeutet und ausgezogen vom herrschenden Gendarm. Ihr feht in ein Land zurück, wo jedes Aufbrausen der Wut und Empörung in Blutströmen erstickt wird, wo das heldenhafte Proletariat mit tausend Duellen, mit tausend lassenden Wunden, mit Tausenden von Menschenopfern den Kreuzgang der Revolution vorwärtschreitet.“

Wie tief bewegt uns dieses Schauspiel! Wie möchten wir mit euch zusammen, Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Ausbeuter der ganzen Welt mit der Waffe in der Hand in den Kampf ziehen!“

Was würden die Leningrader und die übrigen Metallarbeiter in Russland darüber denken, wenn sie diesen Ertrag lesen könnten. Bleiben sie in einem Lande, in dem Milch und Honig fließt, dann könnte in ihrem Namen in dieser Weise unter der deutschen Arbeiterklasse für Moskau agitiert werden. Wer jedoch die Lage der russischen Arbeiterklasse kennt, wer da weiß, wie sie unter der Diktatur leidet, muß über eine solche verlogene Rede, die freilich nur einen kleinen bezügelnden Ausschuss aus der bolschewistischen Agitationsmethode darstellt, empört sein. Bedenkt man, wie die deutsche Arbeiterklasse von Moskau betrogen wird, dann kann man sich einen ungefähren Begriff davon machen, wie die russische Arbeiterklasse von ihren roten Direktoren über die Lage der deutschen Arbeiterklasse — „informiert“ wird, um ihr vorzumachen, daß es ihr trotz ihrer unglücklichen Arbeitsbedingungen, trotz ihrer Beherrschung durch die „proletarische“ Diktatur, noch weit besser ergehe als der sich „in rasenden Schmerzen windenden“ deutschen Arbeiterklasse.

Die „rasenden Schmerzen“ bei der Berliner KPD-Zentrale über die mangelnde Dauerwirkung der kommunistischen Rede sind freilich erklärlich. Die fortgesetzte Waghaltung des russischen Spindmördes: „Lüge — aber mit Raß!“ rächt sich. Auch Stinkbomben ändern daran nichts.

Unternehmerpraktik in Ost-Oberschlesien.

Das Unternehmertum sucht die Not der ober-schlesischen Arbeiterklasse und die Verlegenheit der polnischen Regierung in skrupelloser Weise für seinen Profit auszunützen. Der Ministerpräsident Grabki hat in Warschau der Vertretung der Arbeiterklasse versichert, die Regierung werde es nicht zulassen, daß im ost-schlesischen (polnischen) Bergbau der Achtstundentag aufgehoben wird. Das wissen die Unternehmer. Allein bei den Verhandlungen, die der Arbeitsminister Darowski am Dienstag mit den Unternehmern in Katowitz führte, verhorrieten die Industriellen auf ihrem Diktat, die Arbeitszeit im Bergbau muß um eine halbe Stunde verlängert werden. Weil die Unternehmer die Löhne abbauen wollen, bauen sie den Achtstundentag gleich mit ab, damit die Arbeiter wenigstens wissen, warum sie schlechter be-

zahlt werden. Das vom deutschen zum polnischen Patriotismus herübergeschobene Unternehmertum sieht sich so stark, daß es auch in der Bohntfrage zu seiner Einigung kam, für die sich die Regierung bei der Arbeiterklasse einsehen konnte. Die Absicht der Unternehmer, die Arbeitszeit im Bergbau auf 8 1/2 Stunden zu verlängern, soll einem Schiedspruch des Obersten Gerichtsrates in Warschau unterworfen werden und auch der Streit um die Höhe des Lohnabbaues soll durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden. Die Mission des Arbeitsministers, den Streit durch Verhandlungen beizulegen, ist an dem Verhalten der Unternehmer gescheitert. Der Demobilisierungskommissar Tarnowski ist mit der Bildung des Schiedsgerichts betraut.

Wirtschaft

Von der Internationalen Genossenschaftsausstellung in Gent, Belgien, Anfang August.

Im „Palais des Fêtes“. Das riesige Gebäude hat eine wechselläufige und bewegte Geschichte hinter sich. Im Jahre 1913 für die damalige Weltausstellung errichtet, hat es im August 1914 den Tausenden belgischer Flüchtlinge, die sich vor der eindringenden deutschen Armee nach Westen retten und hier Unterlunft fanden, die Möglichkeit einer Atempause. Die nachrückenden Deutschen, die Gent zu einer Hauptlagersstätte machten, hielten es vier Jahre lang besetzt. Festungen von Verwundeten, die die Front einlieferte, fanden hier Pflege oder wohl auch Erlösung von ihren Leiden. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im Herbst 1918 errichteten die Alliierten in diesem Palast, der später noch einmal heimatlosen Flüchtlingen als Lager diente, ihr Hauptquartier. Ueber diese tragische Episode der jüngsten Geschichte senkt sich allmählich der Schleier des Vergessens.

Heute prangt das Palais des Fêtes wieder, wie es sein Name will, im Festgewand. Unter unzähligen Wimpeln, zwischen Lorbeerbäumen und Girlanden, reihen sich im Innern des großen Etablissements die Stände und Kioske der Internationalen Genossenschaftsausstellung. Die Bezeichnung international bedarf freilich einer Einschränkung. Deutschland und Oesterreich sind leider nicht oder doch nur in geringem Umfang vertreten. Die Ursachen ihres Fernbleibens müssen nicht weit gesucht werden: die politischen Hemmnisse und finanziellen Schwierigkeiten, die u. a. den Zentralverband deutscher Konsumvereine veranlassen, die Einladung zur Beteiligung abzulehnen, liegen auf der Hand. Daß es den leitenden Genossenschaftsinstanzen haben und dürfen nicht gelang, diese Schwierigkeiten zu überwinden, bleibt trotzdem bedauerlich. Unter den belgischen Genossenschaftsorganisationen hat sich in letzter Stunde noch der relativ kleine Verband „Hojsnung“ mit Sitz in Köln, der 80 000 Mitglieder umfaßt und seinem Distributionsunternehmen eine leistungsfähige Produktionsabteilung (Solinger Stahlwaren) angliederte, zur Bekleidung der Ausstellung entschlossen.

Die vom Internationalen Genossenschaftsbund (IGB) in Verbindung mit dem belgischen „Office Coöperatif“ organisierte Ausstellung ist sehr imponant und läßt die Kraft und Bedeutung des Genossenschaftswesens deutlich hervortreten. Nicht weniger als 30 Nationen haben sich beteiligt. Von gewissen industriellen und landwirtschaftlichen Organisationen (Erwerbsgenossenschaften) abgesehen, haben fast alle größeren Vereinigungen, namentlich aber die eigentlichen Konsumgenossenschaftsverbände, ihre Vertretung abgeordnet und durch ein reichhaltiges Material, Modelle, Statistiken und Fertigprodukte das Wesen ihrer Tätigkeit und den Grad ihrer Entwicklung illustriert. Daß die Ausstellung in Gent, dem belgischen Industriezentrum par excellence und einer der Hochburgen des Sozialismus stattfindet, gibt ihr ein besonderes Gepräge. Der Einfluß proletarischer Empfindens macht sich im ganzen Arrangement bemerkbar; zahlreiche Arbeitergruppen aus der Provinz und aus Nordfrankreich ziehen mit Rufen und roten Fahnen in den Lorobogen der Ausstellung ein. Man merkt, daß man in der Stadt Antwerpen, der des jähren Organizers, der sich seit einem Menschenalter bemüht, alle für die Realisierung des sozialistischen Ideals erreichbaren Kräfte zu gemeinsamer Aktion zusammenzuführen.

Der Internationale Genossenschaftsbund ist seinen Statuten nach neutral. Die Notwendigkeit, das organisatorische Gefüge des Bundes zu sichern, die Konflikts- und Reibungsmöglichkeiten auf ein Minimum zu beschränken, hat das Bestreben zur Neutralität diktiert. Je mehr aber in den Volksmassen politische radikale Strömungen sich durchsetzen, desto schwerer wird es, in den einzelnen Ländern die genossenschaftliche Tätigkeit von den politischen Ereignissen zu isolieren. Mehrere Sektionen der Ausstellung offenbaren den Einfluß sozialistischer oder kommunistischer Denkweisen in unmissverständlicher Weise. In der tschechoslowakischen Abteilung grüßen uns die Büsten von Rosa Luxemburg, Lenin und Kerg. Die französische Vertretung hat eine wundervoll realistische Bronzefigur von Jaurès zur Schau gestellt. Die russische Abteilung feiert die Gröhen des Sowjetkongresses und in der italienischen, die fast nur faschistische Verbände umfaßt, spürt man die Hand des römischen Usurpators, der zur Storkifikation des Genossenschaftswesens eine in großen Lettern angebrachte eigene Sentenz beigeleuert hat. Es ist kein schlechtes Zeugnis für die kooperativen Bewegung, daß selbst Diktatoren wie Mussolini und die Herren in Moskau sich genötigt sehen, ihr die schuldige Reverenz zu erweisen.

Vom 24. bis 30. August findet in der Ausstellung eine „Genossenschaftliche Sommersehule“ statt, an der in verschiedenen Sprachen, auch auf deutsch, Vorträge über Theorie und Praxis des Genossenschaftswesens gehalten werden. Am 28. und 29. August tagt der zweite Jahreskongress des genossenschaftlichen Frauenbundes. Der 31. August ist für eine große Demonstration der Center Genossenschaft „Vooruit“ ausersehen. Am 1. September endlich treten die Delegierten des internationalen Genossenschaftsbundes zu ihrem Kongress zusammen. Möge allen diesen Veranstaltungen ein guter Erfolg beschieden sein.

Vertagung der Nicuoverhandlungen. Die für gestern in Düsseldorf angelegten Verhandlungen über eine Verlängerung des Vertrages zwischen der Nicu und dem Zweckverband der Metallindustriellen sind unter Hinweis auf die Besprechungen in London um eine Woche vertagt worden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Giermann; Genossenschaftsbewegung: Reichel; Schulen: Kauter; R. D. Pöcher; Postales und Genoss.: Felix Korbach; August: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.

HOLZHÄUSER

von 500 Mk. an, Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristig Holzhausbau Liffmann 54, Luchowstr. 11/13 Berlin 1029/21

Volkfleidung!

Hosen für Sport, Beruf und Straße. Manchester-Nähsäge, Coblen- und Gumminäsel, Nähsäge für Herren u. Knaben, Geben & Geben & Hinterschne. Für jede, solide, haltbare, billige Preise.

Berufsleidung!

Gerhard Köhnen Neukölln Hermannstr. 75-77.

Hosen

Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale. Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw. München-Gladbacher Hosen-Zentrale Rögner Str. 28 (nahe Gesundbr.) Blauer Laden — Fahrgeldvergütung

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 — Fernsprecher: Norden 1198 — Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen — Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel — Ausführung sämtl. Reparaturen — Preiswerte, gediegene Arbeit

Ich verschenke

an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember **Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.** Diese Gegenstände sind bei der Firma FECHNER & FREIDEL, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt. Keine Einsendung irgendeines Betrages erforderlich. Kein Preisaufschlag. Bedingungen unverbindlich im Laden.

Trauringe

1 Ring 500 Dukaten-Gold von M. 5.00 an
1 Ring 588 gestemp. von „ M. 4.00 an
1 Ring 333 gestemp. von „ M. 2.10 an

H. Wiese, Juweller

Berlin W., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12

Sternzwirne, 100% reine Twiste

Gefestigte, Gummiwand, Röhme, Centel u. l. Rührwaren, weit unter Tagespreis. Gansler, Douthofstraße 15. Retzsch 6389

Was trinken wir?

Erfrischende Limonaden, selbstbereitet aus **Reichels Limonaden-Strap-Extrakt** Himbeer, Kirsch, Citronen-, Orangen-Aroma etc. Köstlicher Fruchtroschmack. Der erquickende Sommer-Kühltrank. Vorzüglich auch als Speisenbeigabe. Eine Flasche ergibt 3 1/2 Pfd. Limonadenstrap M. 0.75, 1/2 Flasche M. 0.45. In Drogerien u. Apoth. erhältlich, sonst bei **Otto Reichel, Berlin 43, 80., Eisenbahnstr. 4.** Man nehme nur Marke **Lichters**, die Qualität verbürgt.

Schokoladen- und Zuckwaren-Fabrik

Metzel Prizenzentr. 89
Auch Einzelverkauf!
Lederwaren-Fabrik
Schokoladen- und Zuckwaren-Fabrik
Großhandlung Streckler, G 2, Straßauer Str. 42, a. Kolonnenmarkt, Kussow in Blatten, billigen Tafeln, sowie Bonbons, Pfefferminzbonbons, Salzbonbons für Bierbräuer, Schokoladenbänke, Festlichkeiten usw.

Strauerpipenden

Strauerpipenden
jeder Art liefert preiswert **Paul Gollats**, normaler Wert, Mariannenstr. 1, Amt Postpt. 10300.